



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## **Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Entente politik der Vorkriegsjahre**

**Siebert, Benno von**

**Berlin [u.a.], 1925**

Sechzehntes Kapitel. Die Lage auf dem Balkan Anfang 1914: 24.Januar bis  
30.Juni 1914

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-73546](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-73546)

## Sechzehntes Kapitel.

### Die Lage auf dem Balkan Anfang 1914.

Sehr geheimer Brief des russischen Gesandten in Bukarest Pollewski-Rozjell an den russischen Außenminister vom 11./24. Januar 1914.

Nachdem ich mit den hervorragendsten politischen Führern Rumäniens Fühlung genommen habe, möchte ich in vorliegendem Schreiben meine ersten Eindrücke zusammenfassen und gewisse Folgerungen ziehen, wobei ich mich im voraus wegen einer gewissen Flüchtigkeit entschuldigen muß, die sich aus dem Umstande ergibt, daß ich nur kurze Zeit in Bukarest bin.

Wie Euerer Exzellenz bekannt, ist mir in hiesigen Regierungskreisen ein äußerst warmer Empfang zuteil geworden, und man hat mir gegenüber immer wieder die Gefühle aufrichtiger Freundschaft zu Rußland hervorgehoben. Denselben Empfang habe ich auch in der hiesigen Gesellschaft gefunden; ich habe mit früheren Ministern, Senatoren, Deputierten und verschiedenen Führern der rumänischen Armee gesprochen, wobei die Unverantwortlichkeit all dieser Personen es ihnen möglich gemacht hat, ihren Gedanken und ihren Gefühlen noch deutlicher Ausdruck zu verleihen.

Dies alles bestätigt meiner Ansicht nach die von meinem Vorgänger hervorgehobene und auch von meinen französischen und englischen Kollegen betonte Tatsache, daß in der hiesigen öffentlichen Meinung ein bedeutender, ja vielleicht ein entscheidender Umschwung zugunsten Rußlands eingetreten ist.

Außerdem muß man beachten, daß die Ereignisse des letzten Jahres, welche den Rumänen, hauptsächlich den militärischen Führern, das Gefühl des Vertrauens in ihre eigene Kraft ge-

geben haben, gleichzeitig auch die irredentistischen Bestrebungen gestärkt haben. Diese letzteren richten sich natürlich nicht so sehr gegen Rußland als auf Transsylvanien mit seinen drei Millionen Rumänen. Dieser letztere Umstand erhöht natürlich auch die Sympathien Rumäniens zu Rußland.

Wenn man in Betracht zieht, daß Rumänien schon längst als Teilnehmer am Dreibunde gilt, so haben die Erklärungen der hiesigen Minister, daß Rumänien völlige Aktionsfreiheit in seiner auswärtigen Politik besitzt und diese in Zukunft nur rumänische Interessen verfolgen wird, für uns eine entschieden günstige Bedeutung.

Man muß sich jedoch fragen: Sind derartige Erklärungen aufrichtig und ist Rumänien wirklich Österreich gegenüber durch keinerlei Vertrag gebunden? Es will mir scheinen, daß man bei der Beantwortung dieser Frage folgende Gesichtspunkte im Auge behalten muß: 1. Die alte und sehr herzliche Freundschaft zwischen dem österreichischen Monarchen und König Karl. 2. Der große Einfluß Deutschlands auf den König und die rumänische Regierung. Diese Großmacht wird hier von vielen als ein selbstloser Freund Rumäniens betrachtet. Zu ihr wendet man sich um Rat in schwierigen Augenblicken, und sie läßt immer die nötigen Informationen und Rat schläge hierher gelangen. So ist es z. B. bekannt, daß Kiderlen bis zu seinem Tode in einem privaten Briefverkehr mit König Karl gestanden hat, welcher durch ihn schon im April 1912 den Abschluß des Bündnisses zwischen Bulgarien und Serbien erfahren hat. Man kann nicht daran zweifeln, daß ein derartiger Einfluß Deutschlands auf die rumänische Regierung besteht, und dieser Einfluß wird entschieden dazu benutzt, um Rumänien im Fahrwasser der österreichischen Politik zu erhalten. 3. Obgleich die rumänische Regierung stets geleugnet hat, daß ein Bündnis mit Österreich besteht, so darf man doch kaum zweifeln, daß ein solches seinerzeit wirklich abgeschlossen worden ist, und viele geben diese Tatsache hier zu. Wenn dem aber so ist, so fragt man sich, zu welchem Zeitpunkte ein derartiges Bündnis zu bestehen aufgehört hat, und es ist außerordentlich schwierig, diese Frage zu beantworten, denn man kann in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf keine Periode hinweisen, in der eine gegenseitige Entfrem-

zung zu bemerken ist, welche zweifelsohne die Folge des Erlöschens des Bündnisses gewesen wäre. 4. Mir ist von mehreren Mitgliedern der hiesigen Regierung gesagt worden, Rumänien müsse gute Beziehungen zu Oesterreich unterhalten, da von letzterem das Schicksal der transylvanischen Rumänen abhängt. Wir sehen andererseits, daß auf den Posten eines österreichischen Gesandten in Bukarest Graf Czernin berufen worden ist, kein Diplomat, sondern der Vertrauensmann des Erzherzogs Franz Ferdinand, welcher während des letzten Besuches in Rumänien mit den hiesigen Vertretern der transylvanischen Rumänen gesprochen und, sich nach ihren Wünschen erkundigend, die ungarische Regierung offen wegen ihrer jetzigen Politik den Rumänen gegenüber kritisiert hat. Graf Czernin selbst hat vor einigen Jahren eine Schrift verfaßt, in der er für die Rechte der von den Ungarn unterdrückten Nationalitäten eintrat, und neulich hat er in einem Zeitungsinterview der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß die ungarische Regierung den Rumänen Zugeständnisse machen wird.

Wenn man noch in Betracht zieht, daß die österreichischen und ungarischen Zeitungen das Lob König Karls und Majorescus singen und auch dem neuen Ministerpräsidenten Bratianu sympathisch gegenüberstehen, so kann man kaum von einer Entfremdung zwischen diesen beiden Staaten sprechen. Es wäre meiner Ansicht nach daher richtiger, anzunehmen, daß Oesterreich alles versucht, Rumänien davon abzuhalten, den Bündnisvertrag zu kündigen, was von Seiten der rumänischen Regierung bloß eine Bestätigung des vollzogenen Umschwunges der öffentlichen Meinung bedeuten würde.

Alles Obige, zusammen mit einigen persönlichen Eindrücken und Beobachtungen, führt mich zu dem Schlusse, daß die rumänische Regierung einstweilen den Vertrag mit Oesterreich nicht kündigen will oder kann und daß das Bündnis daher auch jetzt noch besteht. Diese meine persönliche Ansicht habe ich einem Rumänen mitgeteilt, mit dem ich schon seit Jahren in freundschaftlichen Beziehungen stehe. Diese Persönlichkeit hat lange Zeit eine führende Stellung in der rumänischen Diplomatie eingenommen und ist stets ein überzeugter Freund Rußlands gewesen. Bei meiner Ankunft in Bukarest hat sie mir viel nütz-

liche Hinweise geben können und meine ersten Schritte bedeutend erleichtert.

Die genannte Persönlichkeit hat mir geantwortet, daß sie mit Bestimmtheit wisse, daß in früheren Zeiten ein Bündnis zwischen Österreich und Rumänien bestanden hat, und daß sie annimmt, daß dieser Vertrag bis jetzt nicht abgeändert worden ist. Gleichzeitig versprach sie, möglichst genaue Erkundigungen einzuziehen zu wollen. Nach einigen Tagen teilte mir mein Freund mit, daß der Vertrag in der Tat seine frühere Kraft besitzt und daß er in allgemeinen Zügen darin besteht, daß jede Seite sich verpflichtet, seinem Bundesgenossen im Falle eines Angriffes von seiten Rußlands mit allen militärischen Kräften zu Hilfe zu eilen. Dieser Vertrag ist von dem verstorbenen Bratianu auf zehn Jahre geschlossen worden, wurde darauf für eine gleiche Dauer erneuert, aber während eines der Ministerien Karpis wurde die Erwähnung einer Frist weggelassen und die Bestimmung hinzugefügt, daß der Vertrag ein Jahr nach der offiziellen Kündigung der einen Seite erlischt.

Indem mir mein Freund diese Mitteilungen machte, gab er seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß schon jetzt das rumänische Volk in keinem Falle einen bewaffneten Zusammenstoß mit Rußland zulassen würde, und er drückte die Hoffnung aus, daß es der russischen Diplomatie bald gelingen wird, die rumänische Regierung zu einer Kündigung des Bündnisses mit Österreich zu bewegen.

**Vertraulicher Brief des russischen Geschäftsträgers in Bukarest an den russischen Außenminister vom 4./17. Februar 1914. — Nr. 9.**

Wie ich die Ehre hatte, Euerer Exzellenz in meinem geheimen Telegramm Nr. 24 zu berichten, hat der Präsident des rumänischen Ministerrates Bratianu den hiesigen türkischen Gesandten gebeten, seiner Regierung mitzuteilen, daß Rumänien im Falle eines kriegerischen Vorgehens der Türkei gegen Griechenland, welches zur Zeit nicht anders als zu Lande erfolgen könnte, d. h. mit aktiver oder passiver Hilfe Bulgariens, nicht teilnahmsloser Zuschauer bleiben könne, sondern einen solchen Schritt für eine Verletzung des Bukarester Friedensvertrages

ansehen müßte, dessen Unverletzlichkeit zu schützen es nicht vor den äußersten Mitteln zurückschrecken wird.

In dieser Weise hat die rumänische Regierung, nachdem sie lange unentschlossen war, ihre Haltung in einem etwaigen griechisch-türkischen Konflikte jetzt unter dem ständigen Einfluß Griechenlands und Serbiens in eindrucksvoller Weise präzisiert, was ohne Zweifel in der Türkei ernüchtern und jedenfalls die Gefahr neuer Erschütterungen auf dem Balkan abwenden wird.

Der auswärtige Minister hat, indem er den oben erwähnten Schritt Rumäniens mitteilte, mir gegenüber bemerkt, daß das Bukarester Kabinett sich hierzu wegen des völligen Mangels an Vertrauen zu der Aufrichtigkeit der friedlichen Versicherungen Bulgariens entschlossen habe, welches, nach der dort herrschenden Stimmung zu urteilen, schwerlich die günstige Gelegenheit eines türkischen Überfalles auf Griechenland veräumen wird, um auf die eine oder andere Weise seine Revanchegelüste zu verwirklichen.

„In einem Zweikampfe zwischen Griechenland, mit welchem wir kein Bündnis haben, und der Türkei, die den Bukarester Frieden nicht unterzeichnet hat,“ fuhr Parumbaro fort, „können wir unbeteiligt bleiben, wenn er sich zur See abspielen würde. Aber jetzt, da die Türkei die Bestellungen für ihre Flotte aus England noch nicht erhalten hat, kann ein Krieg nur zu Lande geführt werden, d. h. unter der Bedingung, daß die türkische Armee durch bulgarisches Gebiet vordringt. Wenn wir die Überzeugung hätten, daß Bulgarien seine militärischen Kräfte dem Einmarsch der türkischen Armee entgegenstellen würde, brauchten wir uns in keiner Weise in diese Frage einzumischen, aber diese Überzeugung haben wir nicht. Im Gegenteil, wir haben alle Ursache, anzunehmen, daß Bulgarien im Falle des Einmarsches der türkischen Truppen in griechisches Territorium seine Armee auch mobilisieren wird — nicht um den türkischen Einfall abzuwehren, sondern im Gegenteil, um auf türkische Seite überzugehen, was unvermeidlich eine Störung des Gleichgewichtes auf dem Balkan nach sich ziehen würde, welches durch die Bukarester Konferenz mit so großen Schwierigkeiten hergestellt worden ist. Die Bestimmungen dieser Konferenz sind auf unsere allgemeine Politik gegründet. Ein Ab-

gehen davon ist mit unseren Gesichtspunkten unvereinbar, und wir hoffen, daß die der türkischen Regierung erteilte Warnung den gewünschten Erfolg haben wird.“

**Bericht des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 11./24. Februar 1914. — Nr. 7.**

Während des Aufenthaltes Venizelos' und Pasitchs in Bukarest waren in der Balkanpresse und in den europäischen Zeitungen Nachrichten über den erfolgten Beitritt Rumäniens zum serbisch-griechisch-montenegrinischen Bunde verbreitet worden.

Wie mir Pasitch ganz offen mitteilt, sind diese Nachrichten völlig unzutreffend. Weder ist ein formales Bündnis noch irgend eine schriftliche Vereinbarung in Bukarest unterzeichnet worden. Dagegen ist in den freundschaftlichen Erklärungen, sowohl der rumänischen Staatsmänner, als auch der Vertreter Griechenlands und Serbiens, zweifellos die ernste Neigung zum Abschlusse eines Vertrages zutage getreten; Rumänien ist fest entschlossen, die Bestimmungen des Bukarester Friedensvertrages vom 28. Juli 1913 aufrechtzuerhalten, und wird in keinem Falle eine Änderung zulassen, ebenso jeden Versuch, den status quo zu ändern, zurückweisen. Diese Absicht wird auch von allen politischen Führern und dem jetzigen Kabinette Bratianu unterstützt.

Nach den Worten des serbischen Ministerpräsidenten hat in Bukarest niemand eine so richtige Auffassung der politischen Lage auf dem Balkan als König Karl selbst, welcher während der Pasitch gewährten Audienz, das sinnlose Beginnen der Türkei und Bulgariens verurteilend, mit dem Ausrufe schloß: „Wer sollte noch jetzt glauben, daß Rumänien in die Notwendigkeit versetzt werden könnte, dafür einzutreten, daß gewisse ägäische Inseln dem Besitzstande der Türkei erhalten bleiben mögen?“ Dieser Ausruf des ehrwürdigen Königs hat auf Pasitch großen Eindruck gemacht, welcher daraus den Schluß zog, daß der König im Ernstfalle seine Armee zum Schutze der griechischen Interessen in Bewegung setzen wird.

Ohne Zweifel ist ein solcher Ausspruch aus dem Munde des Königs ein Beweis dafür, daß sich in den politischen An-

sichten des Monarchen ein bedeutender Wechsel vollzogen hat, da er bisher stets die Anweisungen aus Berlin und Wien befolgt hatte.

Aus den Unterhandlungen mit den rumänischen Ministern zieht Pasitch den Schluß, daß die Verhandlungen beider Staaten über Handels- und wirtschaftliche Fragen gute Fortschritte machen und daß der Abschluß derselben zu politischen Vorteilen für Serbien und Rumänien führen wird.

**Vertraulicher Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Gesandten in Sofia vom 17. Februar/2. März 1914. —**

**Nr. 129.**

Die von Ihnen nach Ihrer Ankunft in Sofia erhaltenen Briefe und Berichte schildern die schweren Verhältnisse, die seit dem letzten Kriege in Bulgarien herrschen und die zu überwinden ihm bis jetzt noch nicht gelungen ist. Seine Geschicklichkeit macht es König Ferdinand möglich, zwischen den zahlreichen schwierigen Verwicklungen der inneren Lage und dem Wunsche zu labieren, zu Rußland in ein möglichst günstiges Verhältnis zu gelangen, ohne sich Österreich gegenüber zu kompromittieren, auf dessen Sympathien seine Regierung gegenwärtig angewiesen ist.

Bei dieser verwickelten politischen Lage kann die Rolle des russischen Vertreters im wesentlichen nur eine abwartende sein. Dies schließt natürlich einen wohlwollenden Meinungs- austausch mit dem Könige oder den leitenden Persönlichkeiten nicht aus. Aber diese Aussprachen können, wie Sie in Ihrem Briefe vom 5. Februar erwähnten, bei uns kein besonderes Vertrauen erwecken. Sie geben uns keine Gewähr für die Zukunft, denn selbst Danew ist seinerzeit, obwohl die Losung „Russo-phil“ gegeben wurde, nicht daran verhindert worden, mit Österreich zu spielen, statt sich auf unsere Seite zu stellen. Ich darf infolgedessen Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, daß das gegenwärtige Kabinett bei uns kein Vertrauen genießt, um so weniger als der Ruf der einzelnen Persönlichkeiten, die es bilden, ein sehr zweifelhafter ist.

Die bevorstehenden Wahlen werden vielleicht dem Kabinette Radoslawow eine Majorität bringen. Wie würden

Sie sich in diesem Falle verhalten? Vielleicht könnten wir Bulgarien in einigen konkreten Fällen unterstützen, wenn wir die Sicherheit erhalten, daß Bulgarien unabhängig von den einzelnen Persönlichkeiten des jetzigen oder eventuellen zukünftigen Kabinetts handelt. Es ist aber schwierig, eine Annäherung Rußlands an Bulgarien und Bulgariens unter russischer Vermittlung an Serbien herbeizuführen, wenn nicht ein völliger Umschwung in der öffentlichen Meinung und ein Wechsel in der bulgarischen Regierung eintritt. Denn solange die jetzigen Minister am Ruder bleiben, ist für uns Zurückhaltung und äußerste Vorsicht geboten. Wie wenig zuverlässig die gegenwärtige Regierung ist, ergibt sich aus einer uns aus ganz geheimer Quelle zugegangenen Mitteilung, daß die bulgarischen Minister ausländischen Vertretern gegenüber erklärt haben, Ihre langen Unterredungen mit dem Könige machen den Eindruck, als wenn der König hinter dem Rücken seiner Minister Politik treiben wolle, doch werde seine persönliche Politik nicht ausgeführt werden.

Wenn das jetzige Kabinett durch ein Koalitionsministerium mit Malinow an der Spitze ersetzt werden würde, so würden wir ein derartiges Ereignis mit dem Bewußtsein begrüßen, Bulgarien vor dem Verfall zu bewahren zu können. Ein derartiger Ministerwechsel würde zu tatkräftiger Unterstützung von unserer Seite führen. Es würde uns z. B. möglich sein, den Abschluß der bulgarischen Anleihe in Paris zu fördern und eine Annäherung zwischen Bulgarien und Serbien in die Wege zu leiten. Aber auch dann werden wir äußerste Vorsicht beobachten und nur ganz allmählich vorgehen können, weil wir sonst Gefahr laufen würden, das Vertrauen Serbiens zu uns zu erschüttern und uns Rumänien zu entfremden, wenn es uns nicht gelingen sollte, Bulgarien gleichzeitig ganz fest an uns zu binden.

**Auszug aus einem Briefe des russischen Botschafters in Wien an den russischen Außenminister vom 21. März/3. April 1914.**

.....  
 So beklagenswert auch der zweite Balkankrieg vom Standpunkte des Slaventums gewesen ist, so kann man doch nicht

leugnen, daß das Resultat dieses Krieges, soweit die speziellen russischen Interessen in Frage kommen, für uns vorteilhaft gewesen ist.

In der Tat — was wäre geschehen, wenn in Sofia beim Abschlusse des Waffenstillstandes mit der Türkei die Stimme der Vernunft gesiegt hätte und die bulgarische Regierung bereit gewesen wäre, die berechtigten Forderungen Serbiens hinsichtlich der Abänderung des zwischen ihnen bestehenden Vertrages und die völlig unberechtigten, aber verhältnismäßig beschiedenen Forderungen Rumäniens anzunehmen? Bulgarien wäre, was Ausdehnung seines Territoriums und Stärke seiner Bevölkerung anbelangt, der größte Balkanstaat geworden; Rumänien hätte sich beeilt, sich ihm zu nähern, wahrscheinlich auch die Türkei; und wenn schließlich auch noch eine Annäherung mit Oesterreich stattgefunden hätte — was ich stets für möglich gehalten habe, sogar noch vor dem Kriege mit Serbien —, so würde sich auf dem Balkan ein uns feindlicher Block gebildet haben, der aus Oesterreich, Bulgarien, Rumänien und der Türkei bestanden hätte.

Jetzt aber ist unter den obwaltenden politischen Bedingungen Oesterreich auf dem Balkan völlig isoliert, und jeder Versuch seinerseits, den status quo zu ändern, würde einen entschiedenen Widerstand von seiten des Blockes Rumänien, Serbien und Griechenland auslösen.

Aus diesem Anlasse muß man alles vermeiden, was Rumänien mit Serbien und Griechenland entzweien könnte, was zu erreichen die österreichische Diplomatie wahrscheinlich versuchen wird. In dieser Hinsicht besitzt Oesterreich in Albanien ein wirksames Mittel. In Belgrad und Athen muß man verstehen, daß jede Unvorsichtigkeit ihrerseits Oesterreich nur nützen kann, da hierdurch die Unzufriedenheit Rumäniens hervorgerufen werden würde, während Oesterreich und Italien, sich selbst in Albanien überlassen, sich letzten Endes entzweien werden.

Diese Lage und die Erkenntnis, daß das Wiener Kabinett einen Fehler begangen hat, indem es Bulgarien während der letzten Krise unterstützt hat, rufen in Oesterreich-Ungarn jene allgemeine Nervosität hervor, die sich in letzter Zeit bemerkbar macht.

Zum Schluß möchte ich mein Bedauern aussprechen, daß unsere und besonders die französischen Zeitungen ihrer Freude anläßlich der neuen Richtung der rumänischen Politik so geräuschvoll Ausdruck verleihen. Dieser Lärm ist ganz unnützlich; denn für uns ist die Tatsache bedeutsam, daß wir Rumänien von der uns gegenüberstehenden Koalition losgelöst haben, nicht aber der errungene diplomatische Erfolg. Dieser Lärm regt aber unsere Gegner auf und veranlaßt sie, alles zu tun, um das Verlorene wieder gutzumachen. In Rumänien wird dieser Umstand von den uns feindlich gesinnten Elementen dazu benutzt werden, um die Sache so darzustellen, als ob die Ententemächte Rumänien kompromittieren und jeden Rückzug abschneiden wollen.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cetinje an den russischen Außenminister vom 13./26. März 1914. — Nr. 17.**

König Nikolaus hat in diesen Tagen nach langem Zögern den Befehl erteilt, sein schon vor einiger Zeit nach Belgrad gesandtes eigenhändiges Schreiben König Peter zu übergeben. In diesem Schreiben wird Serbien eingeladen, unverzüglich mit Montenegro eine Abmachung über die Vereinigung beider Nationen auf militärischem, diplomatischem und finanziellem Gebiete zu treffen, unter „dem Vorbehalte der Unabhängigkeit und Eigenart beider Staaten und ihrer Dynastien“. Am Schlusse des Schreibens hebt König Nikolaus hervor, daß eine derartige Vereinbarung „für das noch nicht befreite Serbentum sehr nützlich sein werde“ und im Sinne des ewigen Beschützers der Slawen — Rußlands — sei.

**Telegramm des russischen Geschäftsträgers in Cetinje an den russischen Außenminister vom 13./26. März 1914. — Nr. 18.**

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 17. Da wir die wirkliche Stimmung des Königs von Montenegro kennen und wir andererseits den Standpunkt Italiens und Österreichs in dieser Frage in Betracht zu ziehen haben, von denen letzteres sich gegenüber einer sofortigen Verschmelzung der beiden serbischen Reiche unverhohlen besorgt und feindselig verhält, könnte meiner

Ansicht nach ein Einigungsvertrag zwischen den beiden Brudervölkern nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn die erwähnten Bedingungen des Königs von Montenegro berücksichtigt werden, d. h. wenn die Selbständigkeit Montenegros gewährleistet wird. Das beste Mittel, die friedliche Entwicklung der serbischen und montenegrinischen Verschmelzung zu fördern, ist meiner Ansicht nach die Wiederaufnahme der Tätigkeit unserer Militärinstruktoren in Montenegro, und zwar im Rahmen des serbischen Militärprogramms. Hierbei kann man jedoch keine serbischen Instruktoren zu einer Tätigkeit in Montenegro zulassen, da eine solche Maßnahme zu einer vorzeitigen, auf Verschmelzung gerichteten Agitation Anlaß geben würde, welche ihrerseits zu gefährlichen Verwicklungen bis zur Besetzung des Sandshahs durch Osterreich, und einem bewaffneten Konflikt zwischen Serbien und Osterreich führen könnte.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 16./29. März 1914. — Nr. 602.**

Ich beziehe mich auf die Telegramme aus Cetinje Nr. 17 und 18. Der Versuch Serbiens, militärische Instruktoren nach Montenegro zu schicken, scheint augenblicklich politischen Schwierigkeiten zu begegnen. Ich bitte Sie, Pasitch hiervon vertraulich in Kenntnis zu setzen.

**Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 17./30. März 1914. — Nr. 104.**

Ihr Telegramm Nr. 602 erhalten. Von der Sendung serbischer militärischer Instruktoren nach Montenegro ist nach der Meinung Miuschkovitshs nicht die Rede, und Pasitch hält diesen Plan unter den gegenwärtigen Umständen für unausführbar. Er ist der Ansicht, daß, wenn derartige Erwägungen in Cetinje in Betracht gezogen worden sind, dies ausschließlich den Zweck verfolge, die Frage der Entsendung russischer Instruktoren in Verbindung mit der Bewilligung von weiteren Subsidien nach Möglichkeit zu beschleunigen.

**Telegramm des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 17./30. März 1914. — Nr. 104.**

Ich beziehe mich auf die Telegramme aus Cetinje Nr. 17 und 18. Das in Frage kommende Schreiben des Königs von Montenegro ist mir von Pasitch vorgelesen worden, welcher mich in diesen Tagen zusammen mit Miuschkovitch besucht hat. Aus den klaren und aufrichtigen Äußerungen des ersteren ersehe ich, daß das Anerbieten des Königs von Montenegro schon längst erwartet und als ein weiterer Schritt zur herzlichen Versöhnung und Annäherung beider Staaten betrachtet wird, jedoch keine Verschmelzung bedeutet, an welche man unter den jetzigen Verhältnissen hier gar nicht denkt. Die Erhaltung der Dynastie und der vollen staatlichen Unabhängigkeit ist eine Grundbedingung. Das Abkommen soll kulturellen Charakter tragen und die Finanz-, Handels-, Zoll-, Verkehrs-, diplomatischen und teilweise auch die militärischen Behörden betreffen, lediglich vom Gedanken eines gegenseitigen Schutzes der beiden Staaten ausgehend. Die Frage der Instrukteure wird nicht berührt. Die Euerer Erzellenz bekannte staatsmännische Erfahrung und Vorsicht Pasitchs sind eine Bürgschaft, daß kein unvorsichtiger Schritt getan werden wird und daß das beabsichtigte Übereinkommen, von dem wir rechtzeitig Nachricht erhalten haben, nicht die von unserem Geschäftsträger in Cetinje befürchteten Verwicklungen nach sich ziehen wird. Die in Aussicht genommene Antwort an König Nikolaus ist in friedlichem Sinne gehalten. Ich erwarte die Abreise unseres Kuriers, um Ihnen eine Abschrift dieser beiden Dokumente und einen ausführlicheren Bericht zuzustellen.

**Geheimer Brief des russischen Außenministers Sazonow an den russischen Gesandten in Belgrad vom 20. Februar/5. März 1914. — Nr. 130.**

Ich halte es für nützlich, Sie von dem Inhalte einer Unterredung in Kenntnis zu setzen, welche ich unlängst mit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter Grafen Czapari hatte. Das Gespräch betraf die Folgen, die im Falle einer Störung des europäischen Friedens eintreten könnten. Mit der Bemerkung,

daß er von seiner Regierung zu diesem Meinungs-austausche nicht beauftragt worden sei, erwähnte Czapari, daß die in Montenegro und Serbien bemerkbare Neigung zu einer beiderseitigen Annäherung oder Vereinigung überall die größte Beunruhigung hervorrufe. „Wenn eine solche Vereinigung stattfindet, so würde Oesterreich nicht stiller Zuschauer bleiben können. Die Interessen der Monarchie im Adriatischen Meere lassen keine Verschiebung des Gleichgewichtes zu. Das Adriatische Meer bedeutet für Oesterreich-Ungarn dasselbe, was das Schwarze Meer für Rußland.“ Ich erwiderte meinem Besucher, daß die von ihm geschilderten Ereignisse in nächster Zukunft kaum eintreffen würden. Zu Lebzeiten des alten Königs wird niemand ernstlich daran denken, daß er seinen Thron jemals aufgeben wird. Was Rußland anbelangt, bemerkte ich, so können wir kaum in den Verdacht kommen, eine Beeinträchtigung des monarchischen Prinzips in Montenegro zu begünstigen. Trotzdem verschließen wir uns nicht der Möglichkeit, daß nach dem Tode des Königs Nikolaus sein Nachfolger kaum dasselbe Ansehen im Lande genießen wird wie sein Vater. Da wir uns aber in die inneren Angelegenheiten Montenegros nicht einmischen wollen, so können wir die einen oder andern Bestrebungen nicht begünstigen, obwohl es den Anschein hat, daß diese Ansicht sich in Oesterreich-Ungarn verbreitet. Es ist schwer, auf ein aufgeregtes Volk einzuwirken, wenn man des Erfolges nicht sicher ist. Andererseits kann ich nicht einsehen, warum man mit solcher Bestimmtheit annimmt, daß eine Vereinigung Montenegros mit Serbien die Interessen Oesterreich-Ungarns in Mitleidenschaft ziehen würde. Man kann die Zukunft nicht voraussehen, doch kann man darüber sprechen, was unter gewissen Bedingungen eintreten könnte. So z. B. galt noch vor einigen Jahren in der österreichischen Monarchie das Axiom, daß Oesterreich-Ungarn auf den Sandschat nicht verzichten könne. Lehrenthal hat es jedoch getan, als andere Ereignisse an den benachbarten Grenzen zugunsten Serbiens und Montenegros eingetreten waren. Ist hierdurch für die Monarchie irgendein Nachteil entstanden? Der Hinweis auf die Analogie der Interessen Oesterreichs und Rußlands im Adriatischen und im Schwarzen Meere ist für mich nicht überzeugend. Bis jetzt war man der Ansicht, daß es

nur eine russische und eine türkische Seemacht im Schwarzen Meere geben könne; heute sehen wir, daß die Küstenstaaten Rumänien und Bulgarien ebenfalls danach streben, eine Flotte zu haben. Und was geschieht: Rußland bekämpft in keiner Weise diese Bestrebungen und erfieht in ihnen auch keine Nachteile für seine eigenen Interessen. Könnte es in Österreich irgendwie beunruhigen, wenn es in Zukunft in der Adria anstatt montenegrinischer Häfen serbische Häfen gäbe? Alle diese Betrachtungen, so schloß ich, beweisen, daß man zukünftige Ereignisse nicht im voraus bestimmen kann, sondern daß man sich mit der Lage, so wie sie sich von selbst ergibt, in der einen oder andern Weise abfinden muß.

Damit war unsere Unterhaltung beendigt. Ich kann nicht beurteilen, ob die Behauptung des Botschafters, er spreche aus eigener Initiative, zutrifft oder nicht. Ich nehme aber wohl mit Recht an, daß die von Czapari erwähnte Beunruhigung tatsächlich in Österreich besteht.

Ich teile obiges nur zu Ihrer persönlichen Kenntnisnahme mit. Sollten Sie mit Pasitch über diese Frage sprechen, so bitte ich Sie, den ganz vertraulichen Charakter meines Gespräches mit dem Botschafter zu betonen und ihm zur äußersten Vorsicht in der für Serbien so wichtigen Frage zu raten.

**Bericht des russischen Gesandten in Belgrad Hartwig an den russischen Außenminister vom 25. März/7. April 1914. — Nr. 18.**

Ich erlaube mir, Ihnen meinen besten Dank für die Mitteilung Ihres Gespräches mit dem neuen österreichisch-ungarischen Botschafter auszusprechen, welches sich auf die vitale Frage einer engen Vereinigung zwischen Serbien und Montenegro bezieht. Ich habe die erste Gelegenheit benutzt, um Pasitch Ihren Standpunkt in dieser Frage mitzuteilen, und habe mich hierbei überzeugen können, daß er die Gefahr einer künstlichen Beschleunigung einer normalen Entwicklung vollkommen einsieht und von der Notwendigkeit, die größte Vorsicht zu beobachten, durchdrungen ist.

Natürlich sieht man sowohl in Serbien als auch in Montenegro allseits deutlich ein, daß nach den letzten Ereignissen auf dem Balkan eine Vereinigung beider Staaten früher oder

später stattfinden muß. Es steht zu wünschen, daß diese Vereinigung erst später erfolgt, damit beide Regierungen Zeit haben, die nötigen vorbereitenden Maßnahmen zu treffen. Und dann kann man wohl annehmen, daß es in der ganzen Welt keine Macht geben wird, welche diese historische Entwicklung hemmen kann. Das jetzt in Aussicht genommene serbisch-montenegrinische Übereinkommen wird die nötige Grundlage bilden, und man kann im voraus behaupten, daß die serbische Regierung keinen einzigen unvorsichtigen Schritt unternehmen wird.

Ich will zu Ihrer Information folgendes hinzufügen: Ich hatte unlängst eine ähnliche Unterredung mit dem hiesigen österreichischen Vertreter über die Möglichkeit einer Verschmelzung Montenegros mit Serbien. Ich bemerkte, daß ich einstweilen keine derartigen Anzeichen erblicke und daß ihm, der so lange Jahre in Cetinje gewesen sei, das Gefühl des Mißtrauens, das der König von Montenegro zu Serbien hegt, wohl bekannt sein müßte und daß daher herzliche Beziehungen zwischen beiden Ländern ausgeschlossen erscheinen. Giesl erwiderte hierauf, daß dies in der Tat zutreffe, daß es sich aber nicht um den König handele, denn dieser sei alt und ernstlich krank; seine Söhne seien im Volke nicht beliebt und würden wahrscheinlich mit einer guten Abfindungssumme ins Ausland abreisen; und dann würde die psychologische Minute eintreten und die Frage einer Vereinigung Montenegros mit Serbien von selbst aufgeworfen werden. Giesl fügte hinzu, daß er dieses nicht im Auftrage seiner Regierung, sondern nur als seine persönliche Ansicht mir gegenüber erwähnt habe. Die völlige Analogie der Erklärungen der beiden österreichischen Vertreter ist so deutlich, daß man wohl mit Recht annehmen darf, daß sie im Auftrage ihrer Regierung gehandelt haben.

**Streng vertraulicher Bericht des russischen Gesandten in Belgrad an den russischen Außenminister vom 6./19. Mai 1914. — Nr. 26.**

Nachdem die Monarchen Serbiens und Montenegros rührende eigenhändige Briefe gewechselt hatten, schien die Frage der Vereinigung der beiden verwandten Länder ganz in Vergessenheit zu geraten. Da er längere Zeit ohne jegliche Nachricht aus Cetinje geblieben war, begann der hiesige Vertreter Mon-

tenegros sich ernstlich zu beunruhigen und befürchtete, daß König Nikolaus seine Haltung Serbien gegenüber wieder geändert habe.

Entgegen allen Erwartungen hat jedoch Miuschkovitch vor zwei Wochen den dringenden Auftrag erhalten, sobald als möglich in einen endgültigen Meinungsaustrausch mit Pasitch über das in Aussicht genommene Übereinkommen zu treten und mit einem fertigen Programm nach Cetinje zu kommen.

Natürlich hat sich Pasitch wohlweislich enthalten, ein Programm auszuarbeiten, aber mit Vergnügen dem montenegrinischen Vertreter mündlich bestätigt, daß er zu den von mir schon früher erwähnten Grundlagen eines Übereinkommens bereit sei, nämlich: Erhaltung der Dynastie und der Unabhängigkeit beider Staaten; Verschmelzung der beiden Armeen, wobei die beiden Monarchen die Kommandogewalt über die in den Grenzen eines jeden Königreiches befindlichen Truppen beibehalten; Gründung eines gemeinsamen Generalstabes, welcher gemeinsam die militärischen Pläne ausarbeiten wird; gemeinsame Orientierung der auswärtigen Politik und gemeinsame Auslandsvertretung; gleichartige gerichtliche und administrative Behörden; Vereinigung der Finanzen, der Zölle, der Post und Telegraphen.

Miuschkovitch hat von diesen Wünschen Kenntnis genommen und sich nach Cetinje begeben. Man besitzt hier keine offiziellen Nachrichten über den Erfolg seiner Mission, aber aus geheimen Informationen geht hervor, daß König Nikolaus seinem Gesandten einen sehr ungnädigen Empfang bereitet hat und in eine nähere Besprechung über den ihm gegebenen Auftrag nicht eingetreten ist. Ebenso ablehnend ist der Empfang von seiten der Minister gewesen. Unter diesen Bedingungen ist schwer damit zu rechnen, daß die serbischen und montenegrinischen Verhandlungen in nächster Zeit zu einem günstigen Resultate führen werden.

Unterdessen habe ich den geheimen Brief des Unterstaatssekretärs Neratow vom 17. April Nr. 289 erhalten, durch den ich beauftragt werde, mit dem serbischen Ministerpräsidenten über die militärische Lage in Montenegro in Verbindung mit der innern und finanziellen Politik zu sprechen.

Nachdem Pasitch von mir erfahren hatte, daß wir prinzipiell bereit seien, die Frage der russischen Militärinstruktoren

im Einklange mit den serbischen Plänen in Montenegro zu lösen, bat mich Pasitch, Ihnen seine aufrichtigste Dankbarkeit für unser beständiges Interesse für Serbien auszudrücken. Er bittet mich, Sie zu versichern, daß in dem in Aussicht genommenen serbisch-montenegrinischen Übereinkommen die russischen Wünsche hinsichtlich der militärischen Fragen berücksichtigt werden sollen.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Gesandten in Belgrad vom 24. Juni/7. Juli 1914. — Nr. 1351.**

Vertraulich. Die letzten Ereignisse in Serajewo, die zu einer Verschärfung der antiserbischen Stimmung in Wien geführt haben, veranlassen uns, der serbischen Regierung zu raten, alle Fragen, die diese Stimmung noch verschärfen und eine gefährliche Lage hervorrufen können, mit der größten Vorsicht zu behandeln. Infolgedessen sind wir der Ansicht, daß es ratsam wäre, die Verhandlungen über die serbisch-montenegrinische Annäherung etwas hinauszuschieben, denn diese Verhandlungen haben bereits die Aufmerksamkeit Osterreich-Ungarns und selbst Deutschlands auf sich gezogen. Ich bitte Sie, diese Ansicht Pasitch vertraulich mitzuteilen.

**Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 9./22. April 1914. — Nr. 69.**

Verschiedenen Nachrichten zufolge verhandelt man in Berlin über eine bulgarische Anleihe von ungefähr 250 Millionen Franken. Die deutsche Regierung hat bis jetzt angeblich infolge rumänischer Einwendungen ihre Einwilligung nicht gegeben. Jetzt ist es augenscheinlich gelungen, Rumänien zur Aufgabe seiner ablehnenden Haltung zu bewegen, und man nimmt in Sofia an, daß die Anleihe unter der Bedingung abgeschlossen werden wird, daß keine Ausgaben für militärische Rüstungen gemacht werden. Für das Kabinett Radoslawow ist es eine Lebensfrage, eine solche Anleihe im Laufe des nächsten Monats zu erhalten, und es wird daher auf alle Bedingungen eingehen.

**Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 13./26. April 1914. — Nr. 72.**

Es erscheint immer wahrscheinlicher, daß die Anleihe zustande kommen wird. Zusammen mit dem hiesigen französischen Gesandten bemühe ich mich, dem Könige und der hiesigen öffentlichen Meinung zu beweisen, daß die Finanzpolitik der jetzigen bulgarischen Regierung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht für das Land verhängnisvoll ist. Meinen Nachrichten zufolge steht anzunehmen, daß englisches und belgisches Geld zur Anleihe verwandt werden wird. Halten Sie es nicht für möglich, dies zu verhindern? Der französische Gesandte behauptet, seine Regierung tue alles mögliche, um das französische Kapital nicht nach Bulgarien zuzulassen. Der hiesige Finanzminister hat dem französischen Gesandten gegenüber offen zugegeben, daß diese Anleihe unbedingt notwendig sei, um die Stellung des jetzigen Kabinetts zu befestigen. Um letzteres zu vermeiden, müssen wir die größten Anstrengungen machen und die Pläne von Radoslawow und Toutschew hintertreiben.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 16./29. April 1914. — Nr. 106.**

Doumergue hat mir soeben bestätigt, daß er den französischen Banken die kategorische Weisung erteilt hat, Bulgarien keine Mittel in der Form einer bulgarischen Anleihe in Deutschland zur Verfügung zu stellen. Den Informationen der französischen Regierung aus Berlin zufolge sind die Verhandlungen in Berlin ergebnislos verlaufen, was Doumergue der Weigerung der französischen Banken zuschreibt.

**Telegramm des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 23. April/6. Mai 1914.**

Ich halte es für äußerst wichtig, die Absicht Bulgariens, eine Anleihe in Deutschland aufzunehmen, zu vereiteln, und bitte die englische Regierung, ihrem Vertreter in Sofia vorzuschreiben, unsern Gesandten bei der Erfüllung des Auftrages zu unterstützen, Bulgarien von einer unvorteilhaften finanziellen Operation zurückzuhalten, welche zur vollen wirtschaftlichen

Unterwerfung Bulgariens unter Deutschland führen müßte. Der französische Gesandte in Sofia hat bereits mit Erfolg Schritte in dieser Hinsicht unternommen.

**Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 30. April/13. Mai 1914. — Nr. 84.**

Dringend. Nach den in Paris und London unternommenen Schritten haben wir alle Mittel, das Zustandekommen der Anleihe zu verhindern, erschöpft. Aber die Notwendigkeit einer Anleihe macht sich hier immer mehr fühlbar. Infolge dieser Erwägung und um der Erstarkung des hiesigen österreichisch-deutschen Einflusses vorzubeugen, entschlief ich mich, Ihnen ein letztes Mittel vorzuschlagen, nachdem ich mich heute ausführlich mit meinem französischen Kollegen und den Vertretern der französischen Banken ausgesprochen habe: Wir könnten zur Kenntnis des Königs bringen, daß Rußland, welches zwar der jetzigen Regierung nicht traut, aber nach wie vor um Bulgarien und seine politische und finanzielle Unabhängigkeit besorgt ist, ihm jetzt folgenden Vorschlag macht: Frankreich wird veranlaßt werden, den für das Land notwendigen Vorschuß, ungefähr 100 Millionen, dem Könige persönlich vorzustrecken, ohne die schweren Bedingungen zu stellen, über die jetzt in Berlin beraten wird. Gleichzeitig muß man erklären, daß bis zum Abschlusse einer Anleihe Frankreich auf die Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine und Rußland auf 45 Millionen Schatzscheine für militärische Lieferungen verzichtet. Der Vertreter der französischen finanziellen Interessen in Sofia ist überzeugt, daß eine derartige Operation der Realisation der Anleihe gleichkommt und es den Berliner Banken unmöglich machen wird, die Anleihe zu erhalten. Abgesehen davon, daß wir Bulgarien dem österreichischen Einflusse in Zukunft entziehen, wird auf diese Weise auch der hiesige Einfluß Österreichs und Deutschlands geschwächt, und früher oder später wird auch der Sturz des jetzigen Kabinettes eintreten, während eine unmittelbare Entfernung der uns mißliebigen Minister große Schwierigkeiten nach sich ziehen würde. Hiervon habe ich mir völlig Rechenschaft gegeben, als ich gestern durch die Vermittlung von Dobrovitch dem König riet, das Ministerium zu wechseln, und

ich habe deshalb die Möglichkeit eines Kompromisses und die Bildung eines Koalitionsministeriums angedeutet. Ich darf annehmen, daß die französische Regierung wie früher, so auch diesmal auf unsere Wünsche eingehen wird, wobei man natürlich im Auge behalten muß, daß Paris viel günstigere Bedingungen als Berlin für eine eventuelle Anleihe stellen muß, wovon übrigens der hiesige Vertreter der französischen Banken überzeugt ist. Es ist dies ein sehr erfahrener Mensch, der jederzeit alle Einzelheiten nach Paris übermitteln kann. Wenn dieser, ich gebe allerdings zu, nicht ganz gewöhnliche Plan Ihre Billigung findet, so müssen wir uns ohne Verzug mit Paris verständigen, da der Finanzminister die Anleihe jeden Tag unterzeichnen kann und dann die ganze Frage wegen der deutschen Regierung verwickelter werden würde. Ich habe mir diesen Schritt lange überlegt, bin aber zur Einsicht gekommen, daß uns kein anderer Ausweg bleibt, wenn wir die Interessen sowohl Bulgariens als auch Rußlands wahren wollen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 5./18. Mai 1914. — Nr. 122.**

Die französische Regierung ist der Ansicht, daß es im Interesse sowohl Rußlands als auch Frankreichs liegt, nicht zuzulassen, daß Bulgarien sich dem finanziellen und folglich auch politischen Einflusse Deutschlands und Österreichs unterwirft; deshalb ist sie bereit, dem von unserem Gesandten in Sofia vorgeschlagenen Plane zuzustimmen. Man nimmt an, daß ein Kompromiß durch die Bildung eines Koalitionskabinetts Malinow-Gennadiew gefunden werden könne. Die unverzügliche Gewährung eines Vorschusses schließt die Möglichkeit einer Anleihe an einem anderen Orte aus; die Gewährung einer Anleihe kann dann von der Änderung des politischen Kurses abhängig gemacht werden. Wenn Rußland hiermit einverstanden ist und sein Veto zurückzieht, glaubt die französische Regierung die französischen Banken bewegen zu können, Bulgarien einen Vorschuß von 80 oder 90 Millionen Franken zu gewähren und auf der Bezahlung der 75 Millionen Schatzscheine nicht weiter zu bestehen. Die Anleihe kann dann gegen Ende des Jahres erfolgen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 10./23. Mai 1914. — Nr. 125.**

Margerie hat mir soeben gesagt, daß die Kreditinstitute, die bis jetzt die bulgarischen Anleihen übernommen haben, nämlich Banque de Paris et des Pays Bas, Crédit Lyonnais, Société Générale, Comptoir National d'Escompte und andere, sich hartnäckig weigern, Bulgarien einen Vorschuß zu gewähren, indem sie sich auf den unbefriedigenden Zustand des Geldmarktes berufen. Margerie hat die Absicht, sich noch heute an andere Finanzgruppen zu wenden, die zu Creuzot und der Regie Générale Beziehungen haben und die an bulgarischen Lieferungen und Eisenbahnbauten interessiert sind; er hofft, mir morgen eine Antwort geben zu können.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 12./25. Mai 1914. — Nr. 126.**

Die Verhandlungen des französischen Außenministeriums mit den Banken stoßen immer noch auf Hindernisse. Margerie sagte mir, daß eine gewisse Beteiligung der russischen Banken an dem Bulgarien zu gewährenden Vorschüsse die Verhandlungen erleichtern könnte. Ich bitte um dringende Instruktionen.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 134.**

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet. Margerie hofft auf einen günstigen Ausgang, wird aber die Antwort kaum vor Dienstag erhalten, da Montag ein Pfingstfeiertag ist. Was den Text der dem Könige zu machenden Mitteilung anbelangt, so ist die französische Regierung der Ansicht, daß diese Mitteilung einen durchaus freundschaftlichen Charakter haben muß und die traditionellen Gefühle Rußlands zu Bulgarien zum Ausdruck bringen soll. Deshalb glaubt man hier, es wäre unzweckmäßig, jetzt schon, nämlich ehe die deutsche Anleihe endgültig ausgeschlossen ist, vom Könige eine bestimmte Verpflichtung zu verlangen, das Ministerium Radoslawow durch ein anderes zu ersetzen. Die französische Regierung schlägt folgenden Text vor, welchen unser

Gesandter dem Könige mitteilen könnte: „Eure Majestät wissen, daß die bulgarische Regierung auf Grund privater Informationen es nicht für nötig gehalten hat, sich an die französische Regierung zu wenden, um den Pariser Geldmarkt zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse Bulgariens zu benutzen. Die bulgarische Regierung hat sich an deutsche Banken gewandt, und man ist im Begriffe, ein Übereinkommen unter für Bulgarien besonders schweren Bedingungen abzuschließen. Ein derartiges Übereinkommen droht die ökonomische und bis zu einem gewissen Grade auch die politische Unabhängigkeit des Landes für eine ziemlich lange Zeit in Frage zu stellen. Die Regierungen Rußlands und Frankreichs, vom Wunsche befeelt, Bulgarien den Beweis ihrer uneigennütigen Freundschaft zu geben, haben sich an Pariser und Petersburger Banken gewandt, um sich zu vergewissern, ob es nicht möglich sei, der bulgarischen Regierung diejenigen Mittel zur Verfügung zu stellen, deren sie augenblicklich bedarf, bis günstigere Umstände es nach Ablauf einiger Monate erlauben werden, eine definitive Anleihe abzuschließen. Die französischen und russischen Banken sind diesem Ansuchen entgegengekommen und sind bereit, unverzüglich ungefähr 60 Millionen Franken vorzustrecken. Außerdem sind sie damit einverstanden, daß die Einlösung der Schatzscheine bis zum Abschlusse der Anleihe aufgeschoben wird. Ich bin beauftragt, Euerer Majestät diese Mitteilung zu machen, die die Teilnahme Rußlands und Frankreichs für Bulgarien beweist. Meine Regierung hofft, daß Euerer Majestät die Bedeutung dieses Schrittes richtig einschätzen wird.“

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 17./30. Mai 1914. — Nr. 135.**

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 134. Die französische Regierung ist überzeugt, daß eine derartige Mitteilung die von Rußland und Frankreich beabsichtigte Wirkung haben und dem König die Möglichkeit geben würde, einen Wechsel des Ministeriums vorzubereiten. Solange wir uns auf einen Vorstoß beschränken und die Anleihe nicht abgeschlossen ist, werden Rußland und Frankreich die Möglichkeit haben, in wirksamer Weise auf die Richtung der bulgarischen Politik einzuwirken;

was das definitive Verlangen anbelangt, der König solle sich verpflichten, ein anderes Kabinett zu ernennen, so können wir dieses später vorbringen, nachdem Bulgarien, nach Empfang eines bedeutenden Vorschusses, nicht mehr die Möglichkeit haben wird, sich in finanzieller Beziehung freizumachen, und nur in dem Falle, wenn der König bis Ende des Jahres, d. h. bis zum Abschlusse der Anleihe, keine günstige Gelegenheit gefunden haben wird, die Regierung andern Ministern zu übergeben. Margerie fügt hinzu, daß ein schrofferes Vorgehen im jetzigen Augenblicke den König beleidigen und das entgegengesetzte Resultat hervorrufen könne.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 24. Mai/6. Juni 1914. — Nr. 143.**

Die Verhandlungen mit den Banken sind immer noch nicht beendet, doch hofft Margerie, morgen eine endgültige und zwar günstige Antwort zu erhalten. Hier ist man auch der Ansicht, daß es nicht gelingen wird, die Unterzeichnung der Anleihe in Berlin zu verhindern, daß es einstweilen zwecklos sein würde, dem Könige den genannten Vorschlag zu machen, und daß alle unsere Anstrengungen darauf gerichtet sein müssen, zu verhindern, daß das Parlament die Anleihe annimmt. Margerie ist mit der Meinung unseres Gesandten in Sofia einverstanden, daß die Nachricht, Frankreich habe sich geweigert, Bulgarien Geld zu leihen, kategorisch dementiert werden müsse.

**Telegramm des russischen Botschafters in Paris an den russischen Außenminister vom 6./19. Juni 1914. — Nr. 163.**

Eine Finanzgruppe, an deren Spitze die Bank Périer steht, hat die Absicht, Bulgarien nicht einen Vorschuß, sondern eine sofortige Anleihe von 200 Millionen Franken zu gewähren. Sie rechnet hierbei auf die Teilnahme der russischen Banken, und zwar würde diese darin bestehen, daß unsere Banken ihre bulgarischen Schatzscheine gegen Obligationen der neuen Anleihe eintauschen, so daß sie keine neuen Auslagen haben werden. Ich bitte Sie, mich zu benachrichtigen, ob ein derartiger Plan von der russischen Regierung gebilligt wird.

**Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 16./29. Juni 1914. — Nr. 121.**

Die Katastrophe in Serajewo hat natürlich nicht bloß auf der Wiener und Berliner, sondern auch auf der Pariser Börse einen großen Eindruck gemacht. Infolgedessen hat mir Bauer, der hiesige Vertreter der Bank Périer, gesagt, daß er an die Pariser und belgischen Banken, die sich an der Anleihe beteiligen, telegraphieren müsse. Infolgedessen sind die Einzelheiten, die ich Ihnen heute mitteilen kann, nicht endgültig.

**Telegramm des russischen Gesandten in Sofia an den russischen Außenminister vom 17./30. Juni 1914. — Nr. 122.**

Bauer hat heute Radoslawow gesehen, und obgleich er infolge der letzten Ereignisse keine bestimmten Vorschläge hat machen können, ist er mit der Unterredung zufrieden. Radoslawow hat ihm zu verstehen gegeben, daß nach der Ermordung des Erzherzogs wenig Aussicht vorhanden sei, die Anleihe in Berlin abzuschließen, und daß die bulgarische Regierung sich an Périer wenden wird, daß dies aber erst nach einiger Zeit wird erfolgen können. Bauer fährt morgen nach Konstantinopel und von da nach Paris. Er ist bereit, hierher zurückzukehren, sobald dies nötig sein sollte. Er hat mir aufs entschiedenste wiederholt, daß ohne die Beteiligung der russischen Staatsbank sein Plan keinen Erfolg haben kann, und obwohl er im Einvernehmen mit der französischen Regierung handelt, würde er zu seinem großen Leidwesen in einem solchen Falle lieber auf die ganze Operation verzichten. Abgesehen von allen anderen nicht wünschenswerten Folgen wird man dann die Berechtigung haben, uns den Vorwurf zu machen, daß es uns nur daran liegt, die Verhandlungen in Berlin zum Scheitern zu bringen, daß wir selbst aber keine Anleihe gewähren wollen. In Anbetracht dieser Erwägung ist es durchaus notwendig, uns der moralischen Beteiligung der russischen Staatsbank zu versichern; Périer erblickt hierin eine Beruhigung für das französische Publikum insofern, als es Ausichten auf die Erhaltung des Friedens erwecken würde; unsere materielle Beteiligung braucht nur eine minimale zu sein.